

1. Zahlungskonto (§ 1 III ZAG)

- a) Kontokorrent (§§ 355 ff. HGB) + Girovertrag → Folien 47 ff.
- b) Sichteinlagen = jederzeitige Rückforderung möglich (Giro-, Tagesgeldkonto)
 - unregelmäßige Verwahrung i.S.v. §§ 695, 700 BGB
 - keine Kündigung erforderlich (§ 700 I 3 BGB ↔ § 488 III BGB)

2. Sparkonto

- c) Aushändigung einer Urkunde (Sparbuch, auch Loseblatt)
 - Rektapapier = Inhaber benannt / Übertragung: § 398 + § 952 BGB
 - § 808 BGB (qualifiziertes Legitimationspapier)
 - beim Online-Sparkonto: Legitimation wie beim Online-Girokonto
- d) Aufnahme von Kündigungsgeldern mit Mindestkündigungsfrist von 3 Monaten → Darlehen i.S.v. § 488 BGB, str.
- e) keine Durchführung des Zahlungsverkehrs (Überweisungen etc.)

3. Festgeldkonto

- Termineinlagen (befristete Einlagen) = Darlehen i.S.v. § 488 BGB
- Rückzahlung der Festgelder bei Fristablauf, ggf. Prolongation

4. Treuhandkonto / Anderkonto

- Spar- oder Girokonto mit treuhänderischer Bindung zur Verwaltung von Fremdgeldern
- Ausschluss des AGB-Pfandrechts bei offenen Treuhandkonten
- §§ 771 ZPO, 47 InsO des Treugebers; Details str. (vgl. *Bitter*, in Schimansky/Bunte/Lwowski, Bankrechts-Handbuch, 5. Aufl. 2017, § 33 Rn. 105 ff.)
- Sonderbedingungen für Anderkonten (RAe, Notare, StB + WP)

5. Sonderkonto

- Konto mit besonderer Zweckbestimmung; Treuhand möglich

6. Sperrkonto

- Konto mit Beschränkung der Dispositionsbefugnis des Kontoinhabers (z.B. Zustimmung eines Dritten zu Verfügungen, etwa bei einem Nießbrauch des Dritten)

7. Gemeinschaftskonten

- Oder-Konto: Konto mehrerer Kontoinhaber mit Einzelverfügungsbefugnis (BGH ZIP 2009, 904: Bauspar-Kontokorrentkonto; BGH WM 2018, 1352: kollidierende Weisungen)
 - Modifizierte Gesamtgläubigerschaft (§§ 428–430 BGB) → Bank muss an denjenigen zahlen, der berechtigt Zahlung verlangt → VL Schuldrecht AT
- Und-Konto: Konto mehrerer Kontoinhaber mit Gesamtverfügungsbefugnis
- Umwandlung vom Oder- in ein Und-Konto auf Antrag jedes Kontoinhabers, nicht aber umgekehrt

8. Depotkonto

- Zur Aufbewahrung von Wertpapieren

1. Bedeutung

- a) Zahlungskonto (§ 1 III ZAG) \triangleq Girokonto
 - (italienisch: „contare“ = zählen / „Giro“ = Kreis, Drehung, Umlauf → Geld kann zirkulieren)
 - buchungs- und rechnungsmäßige Dokumentation laufender Geschäftsbeziehungen (§ 238 HGB)
- b) Rechtsverhältnis als Grundlage von vielfältigen Einzelvorgängen
 - Geschäftsvorfälle werden mittels Buchungen in das Konto eingestellt
 - Feststellung des Kontostandes durch Saldierung

2. Unterscheidung in zwei Rechtsbeziehungen

- a) Zahlungsdienstvertragsvertrag (§ 675f II BGB) = Verpflichtung der Bank,
 - einzelne und aufeinanderfolgende Zahlungsvorgänge auszuführen, etwa
 - Einlagen, Überweisungen, sonstige Eingänge [Scheck] entgegennehmen
 - Überweisungs- und Daueraufträge durchführen, Lastschriften abzubuchen,
 - und ein Zahlungskonto durch Verbuchung der Ein- und Ausgänge auf den Namen des Inhabers (§ 154 I AO, § 11 GwG) zu führen.
- b) Kontokorrent (§§ 355–357 HGB) = Abrede, die beiderseitigen Ansprüche nebst Zinsen in Rechnung zu stellen und regelmäßig – i.d.R. quartalsweise – miteinander zu verrechnen (s. auch § 1 III ZAG)

3. Gutschrift = § 781 BGB

- a) Anspruch auf Gutschrift: Entgegennahme von Geldeingängen
- b) Anspruch aus Gutschrift: Verfügungsrecht über Geldeingänge

Kontokorrent (§§ 355 ff. HGB)

ital.: *conto* = Rechnung; *corrente* = laufend

1. Anwendungsfälle

- a) Hauptfall: Girokonto (→ Folie 47)
 - Kontokorrentabrede zwischen Kunde und Bank + Zahlungsdienstleistungsrahmenvertrag (Kontoeröffnungsformular)
- b) sonst. laufende Geschäftsverbindung mit wechselseitigen Ansprüchen (Bsp.: verladendes Unternehmen und regelmäßig beauftragter Spediteur)

2. Funktionen

- a) Vereinfachung: Vielzahl an Zahlungsvorgängen auf Saldoforderung reduziert
- b) Sicherung: zur Befriedigung der eigenen Forderungen werden die Forderungen der Gegenpartei herangezogen
- c) Vereinheitlichung: Saldoforderung unterliegt einheitlichem Rechtsregime
- d) keine Kreditierungsfunktion: Überziehung nur bei zusätzlichem Kontokorrentkredit zulässig (str.)

Kontokorrent (§§ 355 ff. HGB)

3. Inrechnungstellen (§ 355 HGB)

- Einstellung der Einzelforderungen in das Kontokorrent = buchungstechnischer Vorgang + Verfügungsvertrag
- Verlust der Verfügbarkeit = „Lähmung“ der Einzelforderungen
 - keine gesonderte Geltendmachung / keine Aufrechnung
 - keine Abtretung (§ 399 BGB) → keine Verpfändung (§ 1274 II BGB)
 - keine Pfändung (§ 357 HGB als Ausnahme zu § 851 II ZPO)
 - ❖ BGHZ 73, 259, 263; BGHZ 80, 172, 175 f.

→ Fälle 30 – 33 bei Bitter/Schumacher, Handelsrecht, 2. Aufl. 2015 (3. Aufl. 2018)

Beispiel zum Inrechnungstellen

Soll (Forderung der Bank)		Haben (Forderung des Kunden)	
Barauszahlung	500	Bareinzahlung	1.000
Überweisung	5.500	Gutschrift	4.000
<hr/>		<u>Sollsaldo des Kunden</u>	<u>1.000</u>
Summe	6.000	Summe	6.000
„gelähmte“ Forderungen der Bank		„gelähmte“ Forderungen des Kunden	

Die Bank kann bei Kündigung (§ 355 III HGB) nur die 1.000 einklagen!

Aber: keine Rückforderung bei eingeräumtem Kontokorrentkredit

4. Verrechnung

- Rechnungsabschluss i.d.R. quartalsweise (\leftrightarrow § 355 II HGB)
 - ❖ BGHZ 50, 277: nicht schon Erteilung von Kontoauszügen (Tagessaldo)
 - ❖ BGH ZIP 2011, 2455 (Rn. 21 ff.): Abgrenzung Abschluss \leftrightarrow Tagesauszug
- Rspr.: Verhältnismäßige Gesamtaufrechnung (Mosaiktheorie, BGHZ 49, 24, 30) = jede Forderung wird anteilig getilgt
 - ❖ Problem: Bezug auf RGZ 56, 19 (dort gerade Hinweis auf § 366 II BGB) und RGZ 132, 218 (dort Widerspruch gegen verhältnismäßige Tilgung)
- h.L.: Tilgungswirkung analog §§ 366 ff., 396 BGB
 - vorrangig Parteiabrede; soweit diese fehlt:
 - zuerst die unsichere, dann die dem Schuldner lästigere, sodann die ältere Forderung, anschließend anteilige Verrechnung
- BGHZ 93, 307, 313: Verrechnung nur bei Saldoanerkennung
- a.A.: automatische Verrechnung \Rightarrow „kausale“ Saldoforderung

5. Saldoanerkennnis (Nr. 7 II AGB-Banken → s.o. Folie 31)

- Abstraktes Schuldanerkennnis i.S.v. § 781 BGB
 - Schriftform gemäß § 782 BGB entbehrlich
- Rspr.: Novationstheorie → Entstehung einer neuen Forderung, die an die Stelle der früheren Einzelforderungen tritt
- h.L.: abstrakte Saldoforderung tritt erfüllungshalber neben die „kausale“ Saldoforderung (§ 364 II BGB)
 - praktische Bedeutung des Streits wegen § 356 HGB gering (vgl. RGZ 82, 400, 404 f.; BGHZ 26, 142, 150)
- § 48 InsO scheitert nicht an zwischenzeitlichem Saldoanerkennnis (BGHZ 141, 116 gegen BGHZ 58, 257)
- Zinsen auf den Überschuss (§ 355 I HGB ↔ § 248 I BGB)
- Kondiktion eines unrichtigen Anerkenntnisses (§ 812 BGB)

- Problem: Girokonto als „zentrale Schaltstelle des täglichen Lebens“
- Grundsatz: Vertragsfreiheit; Kontrahierungszwang nur gemäß § 826 BGB bei faktischem Monopol
- Früher eng begrenzte Ausnahme bei Sparkassen (vgl. OLG Naumburg ZIP 2012, 1119) + Selbstverpflichtung der Kreditwirtschaft für ein Basis-Girokonto auf Guthabenbasis
 - OLG Bremen ZIP 2006, 798: kein Rechtsanspruch des Kunden aus der „ZKA-Empfehlung: Girokonto für jedermann“
 - Literatur: *Bachmann*, ZBB 2006, 257; *Linnert*, ZRP 2009, 37
 - Zum Sonderfall Gleichbehandlung von Parteien jüngst BVerwG v. 28.11.2018 – 6 C 3.17
- Seit 2016: § 31 Zahlungskontengesetz (ZKG): Anspruch auf Basiskonto
 - Grundlage: Bankkonto-Richtlinie 2014/92/EU; dazu *Linardatos*, WM 2015, 755, 760 ff.; kritisch *Günther*, WM 2014, 1369 ff.
 - zum ZKG: *Gondert/Huneke*, VuR 2016, 323 ff.; *Herresthal*, BKR 2016, 133 ff., 221 ff.

➤ **Exkurs: Entgelte für Basiskonten** (dazu *Bülow*, WM 2017, 161)

- Wortlaut des § 41 Abs. 2 ZKG

„Das Entgelt für die von § 38 erfassten Dienste muss angemessen sein. Für die Beurteilung der Angemessenheit sind insbesondere die marktüblichen Entgelte sowie das Nutzerverhalten zu berücksichtigen. ...“

- Ermöglichung einer Inhaltskontrolle der Entgelte

Auszug aus der Gesetzesbegründung: „Bereits durch das in Absatz 2 eingeführte Kriterium der „Angemessenheit“ der Entgelte wird für die Inhaber von Basiskonten eine über das derzeit allgemein geltende Maß hinausgehende Kontrolle der Entgeltgestaltung von Kreditinstituten ermöglicht.“ (BR-Drs. 537/15 v. 6.11.2015, S. 100)

- Auslegung des Begriffs der „Angemessenheit“

Auszug aus der Gesetzesbegründung: „Als angemessen erscheint ein Entgelt, das im Durchschnitt die Kosten der Institute deckt und ihnen einen angemessenen Gewinn sichert. Dies wird mit der Bezugnahme insbesondere auf die marktüblichen Entgelte sichergestellt (Satz 2).“ (a.a.O. S. 101)

- **Folge:** Keine Pflicht der Kreditinstitute zur dauerhaften (Quer-)Subventionierung von Basiskonten
 - Vorschlag des Bundesrats, das Entgelt für Basiskonten an demjenigen Betrag zu orientieren, den das Institut für sonstige Girokonten mit entsprechenden Funktionen üblicherweise verlangt (vgl. die Stellungnahme des Bundesrates, BR-Drs. 537/15 v. 18.12.2015, S. 11), ist nicht Gesetz geworden

Pfändung von Girokonten

Bitter, Kontenpfändung, in: Schimansky/Bunte/Lwowski, Bankrechts-Handbuch, 5. Aufl. 2017, § 33

- Begriff „Kontenpfändung“ (vgl. § 833a ZPO)
 - Pfändung einer Vielzahl von Forderungen aus verschiedenen Rechtsgründen
- Keine Pfändung kontokorrentgebundener Einzelforderungen
- Pfändung des Zustellungssaldos (§ 357 HGB)
- Pfändung der periodischen Abschlussalden
 - BGHZ 80, 172: alle zukünftigen Salden
- Pfändung des Auszahlungsanspruchs aus dem Girovertrag (sog. Tagessaldo)
 - BGHZ 84, 325 und 371

Pfändung des Kontokorrentkredits

- Unpfändbarkeit des Überziehungskredits
 - ❖ BGHZ 93, 315
- Pfändbarkeit des Dispositionscredits („offene Kreditlinie“)
 - ❖ BGHZ 147, 193: Pfändbarkeit nach Abruf durch den Kunden
 - ❖ BGHZ 157, 350 und BGH WM 2004, 669: Keine Wirkung vor Abruf durch den Kunden
 - ❖ Richtig: generelle Unpfändbarkeit (*Bitter*, in FS Gero Fischer, 2008, S. 15)
 - Weisungsbindung der Bank
 - Privatautonomie des Kontoinhabers
 - Kontenblockade unvereinbar mit Sinn + Zweck der Zwangsvollstreckung
 - Soziale Folgen der Kontenblockade
- seit 2010: Pfändungsschutzkonto = P-Konto (§§ 850k, 850l ZPO)
(dazu *Bitter*, WM 2008, 141; *Bitter*, ZIP 2011, 149; *Bitter*, FS Köndgen, 2016)

Zahlungsverkehr und Erfüllungsrecht

1. Erfüllung gemäß § 362 I BGB

- a) Begleichung von Geldschulden durch Barzahlung
 - Barzahlung = Zahlung mit gesetzlichen Zahlungsmitteln
 - Rechtsgrundlagen: Art. 128 I 3 AEU, § 14 I 2 BBankG
- b) Begleichung von Geldschulden durch bargeldlose Zahlung
 - Buchgeld = Forderung gegen den Zahlungsdienstleister
 - Rspr. / h.L.: (Konkludentes) Einverständnis des Gläubigers erforderlich
 - Angabe der Bankverbindung auf Rechnung etc.
 - Richtig dagegen *Omlor*, Geldprivatrecht, 2014, S. 351 ff.: Gläubiger muss zu erkennen geben, dass er keine bargeldlose Zahlung will

Zahlungsverkehr und Erfüllungsrecht

1. Erfüllung gemäß § 362 I BGB

c) Arten bargeldloser Zahlung

- Push-Zahlung = Zahlung geht vom Schuldner aus
 - Überweisung (auch über paydirekt)
 - Zahlung mit Netzgeld („e-cash“)
 - Zahlung mithilfe von Zahlungsauslösediensten (z.B. Sofortüberweisung)
- Pull-Zahlung = Zahlung geht vom Gläubiger aus
 - Lastschrift im SEPA-Verfahren
 - Kartenzahlung: Kreditkarte / Debitkarte (POS)
 - Scheck
- Sonderfall PayPal (Pull- und Push-Zahlungen möglich)
 - BGH BKR 2018, 123 zum PayPal-Käuferschutz

Zahlungsverkehr und Erfüllungsrecht

2. Erfüllung gemäß § 364 II BGB

- a) Hingabe von Schecks und Wechseln = § 364 II BGB
 - neue Forderung tritt neben die alte (z.B. Kaufpreisforderung)
 - Gläubiger muss zunächst Befriedigung aus der neuen Forderung suchen (= Stundung der alten Forderung)
- b) Zahlung mit Kreditkarte str.
 - nach h.M. wie bei Scheck und Wechsel = § 364 II BGB
 - richtig: Differenzierung nach Präsenzgeschäft und Distanzgeschäft
 - im Präsenzgeschäft nimmt der Vertragshändler den unbedingten Zahlungsanspruch gegen das Kreditkartenunternehmen (Folie 133 f.) an Erfüllung statt an = § 364 I BGB
 - im Distanzgeschäft gelten die Grundsätze zur Lastschrift (str.) ⇒ Folie 110

Zahlungsverkehr und Erfüllungsrecht

4. Erfüllungswirkung (im Valutaverhältnis)

- Überweisung
 - *Leistungshandlung* = rechtzeitige Überweisung
 - ⇒ Verzögerungsgefahr geht zu Lasten des Gläubigers (↔ § 270 I BGB)
 - ❖ EuGHE 2008 I, 1923 = NJW 2008, 1935 = ZIP 2008, 732: Vereinbarkeit mit EG-ZahlungsverzugsRiLi bei Überweisung unter Berücksichtigung der üblichen Ausführungsfristen
 - *Leistungserfolg* = Eingang des Geldes bei der Empfängerbank (str.)
 - *Rauhut*, ZBB 2009, 32, 40 ff.; *Bitter*, WM 2010, 1725, 1727
 - a.A.: Gutschrift auf dem Empfängerkonto (*Linardatos*, Haftungssystem im bargeldlosen Zahlungsverkehr, 2013, S. 167 ff.)